

Zur Strafe in die »Tripperburg«

Tausende Frauen wurden in der DDR in venerologische Stationen zwangseingewiesen, um sie zu disziplinieren. Nun sprechen die ersten Opfer **VON MARIA TIMTSCHENKO**

Sie bringt es nicht über sich: Feste Implantate hat sie sich nicht leisten können, nun hat sie diese Zahnprothese, aber kann das blöde Ding nicht einsetzen. Sie fühlt sich sonst, als halte ihr jemand den Mund zu. Es ist, als erinnere sich ihr Körper an etwas, woran sich ihr Kopf nicht mehr erinnert oder erinnern will. Nicht anders ergeht es ihr, wenn sie in einen Fahrstuhl einsteigen muss, wenn sie einem Polizisten begegnet, wenn sie Tabletten schlucken soll oder wenn Türen laut ins Schloss krachen.

Vergangenes ist nicht für alle vergangen. Für manche bleibt die Geschichte schmerzhaft präsent. So wie für Bettina K., die auch Jahrzehnte später ihren richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen will.

Aufgewachsen ist sie in der DDR, und wie viele andere wurde sie ein Opfer von Unrecht und Überwachung. Doch ihre Geschichte – und mit ihr die Tausender anderer Frauen – kannte bis vor Kurzem kaum jemand. Noch nie hat Bettina K. einem Fremden von ihrem Schicksal erzählt. Bis jetzt wusste kein Außenstehender von ihrer Zeit in der »Tripperburg«.

»Tripperburgen« nannte der DDR-Volksmund die venerologischen Stationen, geschlossene Abteilungen zur Behandlung von Geschlechtskrankheiten. Die meisten DDR-Bürger dachten, dass hier Prostituierte kuriert wurden. Doch das war kaum der Fall. Tatsächlich konnte so ziemlich jede junge Frau in die Lage kommen, dorthin zwangseingewiesen zu werden.

Manche Mädchen wurden von Nachbarn, Bekannten oder Fürsorgestellten bei der Polizei angezeigt, weil sie innerhalb kurzer Zeit mehr als einen Freund zu Besuch hatten. Wer so oft den Geschlechtspartner wechselte, musste ja Krankheiten verbreiten! Manche Frauen wurden auf die venerologische Station gebracht, weil sie per Anhalter durch Ostdeutschland reisten oder sich auffällig oft an Bahnhöfen aufhielten. Offiziell hieß der Grund: »Herumtreiberi«. Dahinter steckte der Vorwurf der heimlichen Prostitution.

Heimlich, weil die Prostitution in der DDR von 1968 an durch Paragraph 249 des Strafgesetzbuches verboten war. »Die SED hatte bereits in den Fünfzigern verkündet, dass es Prostitution im sozialistischen Staat nicht gebe«, sagt die Historikerin Steffi Brüning, Doktorandin an der Uni Rostock. »Das entsprach der Ideologie, aber nicht den Tatsachen.« Daran änderte sich auch nach dem Verbot von 1968 nichts. Viele Prostituierte gingen nun tagsüber einer geregelten Arbeit nach, ihre Freier fanden sie abends in Bars und nahmen sie mit nach Hause.

»Der Abgleich von Patienten- und Stasiakten mit den Aussagen von Zeitzuginnen zeigt, dass unter den Zwangseingewiesenen durchaus auch Prostituierte waren«, sagt Brüning. Besonders zu Großveranstaltungen wie der Ostseewoche in Rostock oder der Leipziger Messe seien sie von der Volkspolizei in die geschlossenen Anstalten gebracht worden. Insgesamt aber waren sie dort eine Minderheit. Unter den Betroffenen, vermutet Brüning, seien sehr viel häufiger Frauen gewesen, die zeitweise keine Arbeit hatten, unentschuldigt am Arbeitsplatz fehlten, einen geringen Schulabschluss hatten oder obdachlos waren.

Wie viele Frauen zwischen 1961 und 1989 in »Tripperburgen« eingeschlossen waren, lässt sich nur schätzen. 2763 waren es allein 1968, sagt Florian Steger, Direktor des Instituts für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin an der Universität Ulm, der das Thema als Erster wissenschaftlich bearbeitet hat. Zuletzt erschien seine zusammen mit seinem Assistenten Maximilian Schochow verfasste Studie *Traumatisierung durch politisierte Medizin – Geschlossene Venerologische Stationen in der DDR*.

Eindringlich zeigen die Autoren, dass die venerologischen Einrichtungen keine Orte der Genesung, sondern der Disziplinierung waren. Auf manchen Stationen wurden die Frauen zwangstätig, kahl geschoren oder in Käfige gesperrt. Die Eingewiesenen sollten dadurch zu »sozialistischen Persönlichkeiten« erzogen werden. Vier bis sechs Wochen dauerte der Zwangsaufenthalt im Schnitt.

Grundlage war die »Verordnung zur Verhütung und Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten« aus

dem Jahr 1961. Geschlechtskranke konnten dieser Verordnung zufolge zwangseingewiesen werden, wenn sie sich ärztlichen Auflagen widersetzen, mehrfach als geschlechtskrank registriert wurden oder unter Verdacht häufig wechselnder Geschlechtspartner standen. »Heute wissen wir, dass man sich vielfach nicht an die Bedingungen dieser Verordnung gehalten hat«, sagt Steger. Die Einweisungen beruhten also nicht nur auf Zwang. Sie waren auch oft gesetzeswidrig. Nur bei etwa einem Drittel der Frauen konnte überhaupt eine Geschlechtskrankheit diagnostiziert werden. Die restlichen waren kerngesund, als sie auf die Station kamen. Sie verließen sie misshandelt und traumatisiert.

Sogenannte Vertragsarbeiter aus »sozialistischen Bruderstaaten«, aus Vietnam, Kuba oder Mosambik, gibt es viele in Thüringen. Sich integrieren sollen sie nicht, sondern arbeiten, lernen und dann in die Heimat zurückkehren. Kontakte mit DDR-Bürgern sind unerwünscht. Doch das Ausländerwohnheim liegt direkt gegenüber von Bettinas Lehrlingsunterkunft. Man trifft sich beim Einkaufen, beim Essen, beim Spaziergehen. Zum ersten Mal fühlt sich Bettina wertgeschätzt. »Die haben mich so akzeptiert, wie ich bin«, sagt sie.

Wenig später schmeißt sie ihre Ausbildung. Das DDR-Zwangskorsett erdrückt sie: Pioniere, FDJ, Lehre. Durch Celso lernt sie viele seiner Landsleute

ihr. Doch dreimal hat Bettina Pech. Die erste Zwangseingeweisung in eine »Tripperburg« erfolgt am 30. September 1988.

Das Leipziger Wohnheim taucht häufiger in den Akten auf: »Frauen, auch minderjährige, die sich dort aufgehalten haben, kamen regelmäßig in die Krankenanstalt nach Thonberg«, sagt Steffi Brüning. Ausländer galten – das alte rassistische Klischee – als sexuell promiskuitiv, die Frauen, die sich mit ihnen einließen, als moralisch entgleist. In den venerologischen Stationen sollten sie zurück auf den rechten Weg gezwungen werden.

Die gab es in allen 15 DDR-Bezirken. Bereits 2014 hat sich der Medizinhistoriker Florian Steger

ordnung für Halles »Tripperburg«. »Durch erzieherische Einwirkung muß erreicht werden, daß diese Bürger nach ihrer Krankenhausentlassung die Gesetze unseres Staates achten, eine gute Arbeitsdisziplin zeigen und sich in ihrem Verhalten in unserer Gesellschaft von den Prinzipien des sozialistischen Zusammenlebens der Bürger unseres Staates leiten lassen«, heißt es darin. »Der ärztliche Direktor in Halle war keiner, der sich von der Politik hatte instrumentalisiert lassen«, sagt Steger. »Er setzte sich die Normen seines Handelns selbst.« Münx habe sich zum Richter über soziales und soziales Verhalten aufgeschwungen. Aus den Patientenunterlagen geht hervor, dass er die Frauen auf seiner Station für »Abschaum« hielt.

Sie mussten Krankenzimmer und andere Klinikräume reinigen, als »Arbeitstherapie«. Ein System aus Belohnungen und Strafen sollte sie disziplinieren. Als Belohnung gab es etwa eine zusätzliche Raucherlaubnis, zur Bestrafung mussten die Frauen die ganze Nacht auf einem Hocker verbringen. Durchgesetzt wurden solche Maßnahmen nicht nur von Ärzten oder Pflegerinnen, sondern auch von Stubenältesten – Patientinnen, die länger auf der Station waren und für ihre Kooperation Privilegien erhielten.

Bettina K.s Erinnerungen an die Aufenthalte sind lückenhaft. Manches weiß sie genau, anderes existiert nur noch als dunkles Gefühl. Es sind diese Schemen, die heute noch Angstzustände in ihr hervorrufen.

»Es gab Gitter vor den Fenstern«, erzählt sie. »Die Polizisten haben uns abgegeben. Dann mussten wir alles ausziehen. Dicke, alte Krankenschwestern haben uns beobachtet. Wir wurden mit Desinfektionsmittel abgeduscht und mussten einheitliche Wäsche anziehen: Baumwollschlüpfer, Unterhemd, Turnhose, dicke Wollsocken, Pullover und einen Werkskittel. Wir wurden einzeln aufgerufen zur gynäkologischen Untersuchung. Wir mussten uns auf einen beigefarbenen Metallstuhl setzen. Die Farbe war halb abgeblättert. Der Arzt war so ein richtig alter Opa in weißem Kittel. Der hat seine Position voll ausgekostet.«

Jeden Tag muss Bettina K. sich untersuchen lassen, manchmal, sagt sie, 20 bis 30 Minuten lang. Es ist meist der einzige Programmpunkt des Tages. Bücher oder Radio gibt es nicht. »Die Schwestern haben uns wie Dreck behandelt. Wenn du gesund warst, kamst du nach etwa drei Wochen wieder raus. So lange hat es gedauert, bis die Tests ausgewertet waren.«

Nach zweieinhalb Wochen wird auch Bettina entlassen: Der Verdacht auf Infektion mit einer Geschlechtskrankheit hat sich nicht bestätigt.

»Die Aufenthalte auf den geschlossenen venerologischen Stationen haben für viele Frauen Spätfolgen«, sagt Florian Steger: »Angst vor der gynäkologischen Untersuchung, Schlafstörungen. Die meisten leiden unter ähnlichen Symptomen wie andere Opfer des DDR-Systems, politische Gefangene etwa, die von Depressionen, Angstzuständen und posttraumatischen Belastungsstörungen berichten.«

Mittlerweile haben einige der Frauen Anträge auf Entschädigung nach dem Opferentschädigungsgesetz gestellt. Ohne Erfolg. Ein Zusammenhang zwischen den Spätfolgen und dem Aufenthalt auf der Station könne nicht festgestellt werden, lautete die Begründung. Erfolg hatte jedoch eine Handvoll Rehabilitierungsanträge. Die Bescheide hielten offiziell fest, dass das, was den Frauen widerfahren ist, Unrecht war.

Für viele Betroffene ist diese Anerkennung enorm wichtig. Auch für Bettina K. 29 Jahre sind seit ihrem Aufenthalt in der »Tripperburg« vergangen. Und lange lebte sie mit einer finsternen Gewissheit: Sie selbst war schuld. Vor ein paar Jahren hat sie ihrer Mutter erzählt, was in der »Tripperburg« geschehen war. »Ist doch klar«, war ihre Antwort, »wenn du zu den Ausländern gehst, dass du dann weggesperrt wirst.« Für Bettina war das auch immer klar gewesen.

Mittlerweile ist sie 46 Jahre alt. Und manchmal, manchmal vermisst sie die DDR. Joey ging, wie seine Landsleute, kurz nach der Wende zurück nach Mosambik. Zwei Scheidungen hat Bettina hinter sich. Sie hat drei Kinder von drei Männern mit drei Hautfarben. Es gab Tage, da saß sie mit ihren Kindern ohne Strom da. Das, sagt sie, hätte es damals nicht gegeben.



Auch in der Poliklinik Halle existierte eine »Tripperburg«. Leiter war Gerd Münx (rechts). Die Frauen, die er unter Zwang auf Geschlechtskrankheiten untersuchen ließ, hielt er für »Abschaum«



Bettina K. wird 1971 in einem kleinen Ort in Thüringen geboren. Als sie zwei Monate alt ist, kommt sie in die Wochenkrippe: Montags wird sie abgegeben, freitags wieder abgeholt. Ihre Mutter ist Kaltmamsell im VEB Chemieanlagenbau; ihr Vater arbeitet im Stahlwerk. Zu Hause gibt es viel Streit und Prügel. Der Vater trinkt. Dann verlässt Bettinas Mutter ihn für den Koch aus dem VEB. Die beiden bekommen eine gemeinsame Tochter. Bettina rebelliert. Staatsbürgerkunde: Note Fünf. Eigentlich will sie Porzellanmalerin werden, aber es gibt keine Stelle für sie. Also beginnt sie mit 16 eine Lehre zur Facharbeiterin Keramtechnik in Ilmenau. Da lernt sie auch ihren ersten Freund kennen, Celso, einen Mosambikaner.

in anderen Städten kennen. Sie geht nach Leipzig. Und verliebt sich aufs Neue. In Joä, ebenfalls aus Mosambik. Bettina nennt ihn Joey. Sie ist 17, er 22. Bettina zieht bei ihm ein. Drittes Durchgangszimmer im Vertragsarbeiter-Wohnheim, ein Bett und ein Schrank, an den Wänden Poster von Patrick Swayze und David Bowie.

Immer wieder erscheint die Polizei. Mit Bettina sind noch andere junge Frauen im Wohnheim, manche mit fester Partnerschaft, andere nur auf der Suche nach einem Schlafplatz. Vier bis fünf gehen der Polizei pro Kontrolle in die Fänge. Bettina versteckt sich unterm Bett oder unterm Tisch, im Schrank oder in herumliegenden Kartons. Manchmal hat sie Glück, dann kommt die nächtliche Patrouille nicht bis zu

eingehend mit der Poliklinik in Halle befasst und Gespräche mit ehemaligen Patientinnen, Pflegerinnen, Famulanten und Ärzten geführt.

Die dortige geschlossene venerologische Station existierte von 1961 bis 1982. »Die Frauen wurden gegen ihren Willen gynäkologisch untersucht«, sagt Steger. »Bei vielen kam es zu Verletzungen, Blutungen oder zur Entjungferung.« Weitere unmittelbare Folgen waren Übelkeit, Erbrechen, Müdigkeit, Kopfschmerzen, Lähmungen, Schüttelfrost und vereinzelt Fehlgeburten. Von Vergewaltigungen sei ihm nichts bekannt, aber: »Erzwungene gynäkologische Untersuchungen sind eindeutig Akte sexualisierter Gewalt.«

Direktor der Station war der Obermedizinalrat Gerd Münx. Er verfasste auch die Präambel der Haus-

Die goldenen Teelöffel der Demokratie

In Berlin schlossen sich 34 deutsche Museen und Organisationen zu einem Verbund zusammen. In ihrem »Hambacher Manifest« fordern sie, mehr Freiheitsgeschichte zu wagen **VON BENEDIKT ERENZ**

Für seine Fürsten ist Mecklenburg-Vorpommern nichts zu teuer. Als Christie's jetzt ein in Russland gefertigtes goldenes Service aus erstmals großherzoglichem Besitz anbot, griff man submissiv zu. 1,25 Millionen Euro haben unter anderem das Land und die Kulturstiftung der Länder für diverse Kannen, Teelöffel und Zuckerdose bezahlt. Friedrich-Wilhelm von Rauch, Geschäftsführer der Ostdeutschen Sparkassenstiftung, die ebenfalls für den Ankauf gespendet hat, ist begeistert: Die 13 Teile seien »ein eindrucksvolles Zeugnis der Geschichte Mecklenburgs im Kontext der internationalen Politik des ausgehenden 18. Jahrhunderts«.

Nun sind 1,25 Millionen Euro natürlich kein Geld, wenn es um fürstliche Teelöffel im Konzert

der internationalen Politik des 18. Jahrhunderts geht. Etwas anderes allerdings bekommt zu hören, wer in Deutschlands Ministerien und Stiftungen nach Unterstützung für Dokumentationsorte, für Ausstellungen und Buch-Editionen zur deutschen Demokratiegeschichte fragt. Da wird dann rasch auf die »angespannte Haushaltslage« oder die »schwierige Zinssituation« verwiesen, die auch den Stiftungen zu schaffen mache. Leider, leider.

Das ist umso seltsamer, als das Interesse an der Tradition unseres Staates zunimmt, der ja nun mal – wenn vielleicht auch zur Irritation eines gewissen Teils unseres Kulturbürgertums – eine Republik ist. Zur Tradition der Bundesrepublik Deutschland gehört nicht die Geschichte des Hauses Hohenzollern

oder Mecklenburg-Schwerin. Zur Tradition unseres Gemeinwesens gehört die Geschichte der deutschen Demokratie. Mit all ihren heroischen Kämpfen um Freiheit und Menschenrecht. Mit all den Männern und Frauen, die für sie in 200 Jahren gestritten haben.

Seit Ende der Neunziger, seit den 150-Jahr-Feiern der 48er-Revolution, beginnt sich dieser Gedanke langsam, sehr langsam durchzusetzen. Eine Fülle von Darstellungen und Biografien sind erschienen, von Robert Blum, Gustav Struve, Louise Aston, Wilhelm Weitling, um nur einige zu nennen (und der verehrten Leserschaft ans Herz zu legen).

Nun greifen endlich auch die Museen das neue Interesse auf. Zu Beginn des Monats haben 34 Institutionen und Organisationen aus ganz Deutschland

im Beisein von Kulturstatsministerin Monika Grütters einen Verbund zu »Orten der Demokratiegeschichte« gegründet. Große Häuser wie das Deutsche Historische Museum und Stuttgarts Haus der Geschichte sind dabei, die Ebert- und die Adenauer-Stiftung, aber auch kleinere wie das Hoffmann-von-Fallersleben-Museum in Wolfsburg und das Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Uni Mainz e.V.

Ein »Hambacher Manifest« wurde unterzeichnet. Es fordert, die Dokumentationszentren zur Freiheitsgeschichte auszubauen. Es verlangt nach mehr biografischer Forschung. Es will mehr Zusammenarbeit, Vernetzung, um größere Projekte zu stemmen. Kurz: Es gelte, mehr Demokratiegeschichte zu wagen. Nur wer die »schwierigen Wege zu Freiheit und Demo-

kratie« kenne, könne die aktuellen »Gefährdungen des demokratischen Grundkonsenses« erfassen.

Es wäre schön, wenn sich noch mehr Häuser dem Projekt anschließen, vor allem die großen Stadt- und Landesmuseen. Auch das Germanische Nationalmuseum sähe man gern auf der Liste der Unterzeichner und das Marbacher Literaturarchiv, obgleich das dort zuletzt gepflegte – zweifellos kritische – Faible für Autoren der Konservativen Revolution nicht unbedingt zu den emanzipativen Ideen des »Hambacher Manifestes« passen mag. Besonders schön aber wäre es, wenn auch unsere potenten Kulturstiftungen begriffen, dass es für unsere Gesellschaft lohnendere historische Investitionen gibt als den millionenteuren Ankauf fürstlicher Teelöffel.